Ordnung des praktischen Vorbereitungsdienstes für Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Kandidierendenordnung – KandO)

Vom 10. Juni 2003

(ABl. 2003 S. 380), zuletzt geändert am 19. Dezember 2024 (ABl. 2025 S. 8 Nr. 2)

Aufgrund von § 12 des Vorbildungsgesetzes[1] vom 7. Dezember 1967 (ABl. 1968 S. 42), zuletzt geändert am 24. November 2007 (ABl. 2008 S. 16), hat die Kirchenleitung folgende Rechtsverordnung beschlossen:

§ 1
Allgemeines

(1) [1]Die Kirchenleitung beschließt gemäß § 1 der Rechtsverordnung zur Aufnahme in den praktischen Vorbereitungsdienst über die Aufnahme in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten und stellt darüber eine Bescheinigung aus. [2]Wird der Aufnahmeantrag einer Kandidatin oder eines Kandidaten abgelehnt, so sind ihr oder ihm die Gründe hierfür schriftlich mitzuteilen.

(2) [1]In die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten kann nur aufgenommen werden, wer körperlich und psychisch den Anforderungen des Berufsbildes der Pfarrerinnen und Pfarrer entspricht. [2]In besonderen Fällen kann eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder der diese Voraussetzung nicht erfüllt, dennoch in den praktischen Vorbereitungsdienst aufgenommen werden, wenn sie oder er den Anforderungen der Ausbildung genügt und die Zweite Theologische Prüfung zu einer anderen Berufsausbildung benötigt.

(2a) Der Vorbereitungsdienst ist in der Regel ein besonderes öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis auf Widerruf.

(3) Die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten führen die Dienstbezeichnung Vikarin oder Vikar.

---

1 Jetzt: § 6 Absatz 2 VorbG (Nr. 460).

§ 2
Inhalte und Strukturen des praktischen Vorbereitungsdienstes

(1) [1]Die Ausbildung der Pfarramtskandidatinnen und der Pfarramtskandidaten dient dem Erwerb und der Vertiefung der für den Pfarrdienst erforderlichen praktisch-theologischen Kenntnisse und Fähigkeiten. [2]Die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten sollen in dieser Zeit ihre Eignung zur Ausübung einer pfarramtlichen Tätigkeit erweisen. [3]Sie sollen daher in alle wichtigen Aufgaben der Pfarrerinnen und Pfarrer eingeführt werden und die Gelegenheit erhalten, in bestimmten Teilbereichen besondere Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben.

(1a) Die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten werden zu Beginn des praktischen Vorbereitungsdienstes zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung unter Anleitung des Theologischen Seminars und der Lehrpfarrerin bzw. des Lehrpfarrers beauftragt und in einem Gottesdienst eingeführt.

(2) Die persönliche Eignung, die sich an den Kriterien

1. Sprach-, Argumentations- und Dialogfähigkeit,
2. Teamfähigkeit,
3. Fähigkeit zur Reflexion der eigenen Person,
4. Fähigkeit zur Leitungstätigkeit,
5. Belastbarkeit und Konfliktfähigkeit

orientiert, wird durch die Ausbildung in den pfarramtlichen Grundaufgaben Gottesdienst, Seelsorge, Religions- und Konfirmandenunterricht und Gemeindeleitung weiterentwickelt.

(3) [1]Die Ausbildung dauert bis zu 28 Monaten, kann in begründeten Ausnahmefällen verlängert werden und soll in der Regel ohne Unterbrechung zu Ende geführt werden. [2]Im Theologischen Seminar wird der Ausbildungsplan im Zusammenwirken aller Betroffenen und Verantwortlichen erstellt. [3]Die Ausbildung findet statt:

a) am Theologischen Seminar,
b) in dem Gemeindepraktikum,
c) in Regionalgruppen,
d) in einem mehrwöchigen Schulpraktikum,
e) in Zusatzkursen an anderen Instituten,
f) in einem sechsmonatigen Spezialpraktikum.

[4]Die Ausbildung in Regionalgruppen findet in den Zeiten des Gemeindepraktikums statt.

(4) [1]Die Kirchenverwaltung kann den Ablauf im Einzelfall nach Anhören der Beteiligten und im Benehmen mit dem Theologischen Seminar verändern. [2]Sie kann auch aufgrund

von Ausbildungsnachweisen, die an anderer Stelle erworben worden sind, von einzelnen Teilen des praktischen Vorbereitungsdienstes ganz oder teilweise befreien.

(5) [1]Die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten sind für ihre Aus- und Fortbildung selbst mitverantwortlich. [2]Dies gilt insbesondere für die Arbeit in den Kandidatenteams und für die Ausbildung besonderer Kenntnisse und Fähigkeiten. [3]Vor der Wahl der Praktikumsstellen ist die Kandidatin oder der Kandidat zu hören.

§ 2a
Ausbildungsgespräche

(1) Treten Zweifel an der persönlichen Eignung (gemäß § 2 Absatz 2) einer Pfarramtskandidatin oder eines Pfarramtskandidaten auf, sollen diese Zweifel in einem Gespräch durch das Seminar mit den Betroffenen erörtert werden.

(2) [1]Die Lehrpfarrerin oder der Lehrpfarrer führt mit der Pfarramtskandidatin oder dem Pfarramtskandidaten in der Mitte des praktischen Vorbereitungsdienstes ein Ausbildungsgespräch über das Ausbildungsverhältnis und den bisherigen Verlauf der Ausbildung. [2]Für das Gespräch kann externe Unterstützung angefragt werden.

(3) Die jeweils zuständige Pröpstin oder der jeweils zuständige Propst führt unter Zugrundelegung der Kriterien des § 2 Absatz 2 und Beachtung der Ausbildungssituation mindestens zwei Gespräche mit der Pfarramtskandidatin oder dem Pfarramtskandidaten.

(4) [1]Die Gespräche werden, soweit Zweifel an der persönlichen Eignung bestehen, protokolliert, von den Beteiligten unterschrieben und zur Ausbildungsakte der Kirchenverwaltung genommen. [2]Die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat erhält je eine Kopie ausgehändigt. [3]Es besteht die Möglichkeit der Stellungnahme.

§ 2b
Auswertung der Ausbildung

(1) Am Ende des Vorbereitungsdienstes findet eine Auswertung der Ausbildung statt.

(2) [1]Die Lehrpfarrerin oder der Lehrpfarrer verfasst über den Verlauf der Ausbildung in den Ausbildungsfeldern Gottesdienst, Seelsorge, Religions- und Konfirmandenunterricht und Gemeindeleitung unter Einbeziehung der jeweiligen Kirchenvorstände einen Ausbildungsbericht. [2]Der Bericht kann Anregungen für den Ersteinsatz und die Förderung im künftigen Probedienst im Pfarramt enthalten.

(3) Das Theologische Seminar verfasst eine Stellungnahme mit Anregungen für den Ersteinsatz und die Förderung im künftigen Probedienst im Pfarramt.

(4) Die zuständige Pröpstin oder der zuständige Propst verfasst eine Stellungnahme mit Anregungen für den Ersteinsatz und die Förderung im künftigen Probedienst im Pfarramt.

(5) [1]Bestehen Zweifel an der persönlichen Eignung der Pfarramtskandidatin oder dem Pfarramtskandidaten, so sind diese in dem Ausbildungsbericht bzw. der Stellungnahme darzulegen und zu begründen. [2]In diesem Fall entscheidet die Kirchenleitung nach Durchführung des Verfahrens nach § 3 der Rechtsverordnung zur Übernahme in den Probe- und Pfarrdienst[1] abschließend über das Vorliegen der persönlichen Eignung. [3]Bestehen keine Zweifel, wird eine Empfehlung für die Übernahme ausgesprochen.

(6) [1]Der Bericht und die Stellungnahmen werden zur Ausbildungsakte der Kirchenverwaltung genommen. [2]Die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat erhält je eine Kopie ausgehändigt. [3]Sie oder er kann binnen drei Wochen Stellung dazu nehmen.

§ 3
Wahrnehmung des Dienstes

(1) [1]Die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten haben während ihrer Ausbildung Anteil am öffentlichen Auftrag der Kirche. [2]Sie beteiligen sich gemäß der Beratung und Anleitung ihrer Lehrpfarrerin oder ihres Lehrpfarrers unter deren Aufsicht verantwortlich an allen Aufgaben der Verkündigung in Wort und Sakrament, der Seelsorge, des Unterrichts und der Gemeindearbeit.

(2) [1]Die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten sind während der Ausübung ihres Dienstes an die Ordnungen der Gemeinde gebunden. [2]Dasselbe gilt, wenn sie Vertretungen übernehmen. [3]Sie arbeiteten mit dem Kirchenvorstand und den übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde zusammen.

(3) Bei der Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung sollen die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten sich so verhalten, dass ihr Dienst auch denen, die zu anderen politischen Einsichten und Entscheidungen gelangen, glaubwürdig sein kann.

(4) Die Vorschriften über die Amtsverschwiegenheit der Pfarrerinnen und Pfarrer (vgl. § 18 Pfarrergesetz[2]) gelten für die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten sinngemäß.

(5) Für die Vikarsbezüge gilt § 42 des Pfarrdienstgesetzes der EKD[3] entsprechend.

§ 4
Dienstaufsicht

(1) Während des praktischen Vorbereitungsdienstes bis zum Abschluss der Zweiten Theologischen Prüfung gehören die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten dem Theologischen Seminar Herborn an.

---

1 Nr. 469.
2 Jetzt § 31 PfDG.EKD (Nr. 408).
3 Nr. 408.

(2) [1]Unbeschadet der Dienstaufsicht der Kirchenverwaltung unterstehen die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten während der Seminar- sowie Institutswochen der Aufsicht der Seminarleitung; während des Gemeindepraktikums der der zuständigen Dekanin oder des zuständigen Dekans. [2]Während des Schulpraktikums unterstehen die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten der staatlichen Schulaufsicht; im Spezialpraktikum wird die Dienstaufsicht besonders geregelt.

§ 5
Wohnsitz

(1) Die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten haben während des Gemeindepraktikums ihre Wohnung so zu wählen, dass sie für die Gemeindeglieder leicht erreichbar sind.

(2) Die Kirchenverwaltung muss schriftlich zugestimmt haben, wenn die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat aus zwingenden Gründen außerhalb des Gemeindebezirkes Wohnung nimmt.

(3) Die Kirchenverwaltung kann die Zustimmung nach Absatz 2 von bestimmten Auflagen abhängig machen.

§ 6
Teilnahme an Sitzungen

Die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten nehmen während des Gemeindepraktikums an den Kirchenvorstandssitzungen, der zuständigen Dekanatssynode, der Dekanatskonferenz und den Arbeitsgemeinschaften des Dekanates als Gast teil.

§ 7
Familienstand

(1) Heiratet die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat, so übersendet sie oder er der Kirchenverwaltung Heiratsurkunde und Trauschein.

(2) Für den Dienst und die Übernahme in das Pfarrdienstverhältnis auf Probe gilt hinsichtlich der Anforderung der Lebensführung § 39 Pfarrdienstgesetz der EKD[1] entsprechend.

(3) Aus der Verheiratung kann ein Anrecht auf Bevorzugung bei Stellenbesetzung und Ähnliches nicht hergeleitet werden.

1 Nr. 408.

§ 8
Schutz und Fürsorge

(1) Für den Schutz und die Fürsorge der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten gelten die §§ 47 und 49 des Pfarrdienstgesetzes der EKD[1] entsprechend.

(2) [1]Pfarramtskandidatinnen und -kandidaten haben Anspruch auf Erstattung von Auslagen für Dienstreisen und Dienstgänge (Reisekosten) nach den jeweils geltenden Vorschriften. [2]Während des Spezialpraktikums nach dem Zweiten Theologischen Examen richten sich die Ansprüche nach den Regelungen der Einsatzstelle.

(3) [1]Pfarramtskandidatinnen und -kandidaten haben Anspruch auf einen einmaligen Zuschuss zur Anschaffung eines Talars in Höhe von 250 Euro. [2]Dem Antrag ist die Rechnung beizufügen. [3]Der Anspruch erlischt nach Ablauf eines Jahres nach der Anschaffung.

(4) [1]Kosten für den privaten Telefonanschluss werden nicht erstattet. [2]Wird das private Telefon dienstlich genutzt, so ist der jeweilige Einsatzbereich zur Erstattung der entstehenden Kosten verpflichtet.

(5) Es besteht kein Anspruch auf Erstattung der Kosten für Wohnungssuche und Miete.

(6) [1]Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten kann auf Antrag ein zinsloses Bildungsdarlehen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für die Dauer des praktischen Vorbereitungsdienstes gewährt werden. [2]Bei Gewährung des Darlehens ist eine Schuldurkunde auszustellen. [3]In der Schuldurkunde sind die Rückzahlungsmodalitäten im Einzelnen geregelt. [4]Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung eines Darlehens besteht nicht.

§ 8a
Kinderbetreuungskostenzuschuss

(1) Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten haben Anspruch auf einen Kinderbetreuungskostenzuschuss zu den von ihnen zusätzlich aufzuwendenden Kosten für die Betreuung von Kindern während ihrer Präsenzzeiten im Theologischen Seminar.

(2) [1]Auf Antrag der Pfarramtskandidatin oder des Pfarramtskandidaten wird ein Zuschuss pro Seminartag für die Kinderbetreuung gewährt, wenn mit ihr oder ihm mindestens ein Kind unter zwölf Jahren in häuslicher Gemeinschaft lebt, das von ihr oder ihm selbst betreut und erzogen wird. [2]Der Betrag wird jährlich von der Kirchenverwaltung festgesetzt und im Amtsblatt veröffentlicht.

(3) Dem Antrag sind als Nachweis einmalig die Geburtsurkunde des Kindes und jeweils eine Bescheinigung des Theologischen Seminars über die Anwesenheit während der Präsenzzeiten im Theologischen Seminar beizufügen.

(4) Der Anspruch erlischt nach Ablauf eines Jahres.

---

1 Nr. 408.

§ 8b
Umzugskostenbeihilfe

(1) Für einen von der Kirchenverwaltung angeordneten Umzug aus Anlass der Aufnahme in den praktischen Vorbereitungsdienst und der Einweisung in das Vikariat erhalten Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten auf Antrag eine pauschale Umzugskostenbeihilfe.

(2) [1]Die Umzugskostenbeihilfe beträgt:

a) bei einer Entfernung von mehr als 30 km 640,00 €

Maßgebend für die Bestimmung der Entfernung ist die kürzeste Straßenverbindung.

b) für die Ehegattin oder den Ehegatten oder die Lebenspartnerin oder den Lebenspartner zusätzlich, sowie für jedes weitere Familienmitglied bei Gewährung der Zulage nach Buchstabe a zusätzlich um 420,00 €.

[2]Im Fall eines Zuzuges außerhalb des Kirchengebiets der EKHN mit mehr als 30 km Entfernung erhöhen sich die Pauschalen gemäß den Buchstaben a und b auf den 1,5-fachen Betrag. [3]Für Berechtigte, die am Tage vor dem Einladen des Umzugsgutes keine Wohnung hatten oder nach dem Umzug keine eigene Wohnung eingerichtet haben, beträgt die Pauschalvergütung 193,00 Euro.

(3) Als Mitglieder der Familie im Sinne von Absatz 2 Buchstabe d gelten die Kinder, Pflegekinder und Stiefkinder, mit denen die Pfarramtskandidatin oder Pfarramtskandidat vor und nach dem Umzug nicht nur vorübergehend in häuslicher Gemeinschaft leben.

(4) [1]Ziehen verheiratete oder verpartnerte Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten, die beide dem Grunde nach antragsberechtigt sind, in eine gemeinsame Wohnung, so wird die Umzugskostenbeihilfe jedem von ihnen zur Hälfte gezahlt. [2]Bei einem Einzug in die gemeinsame Wohnung aus zwei bisher getrennten Haushalten wird bei der Berechnung der Umzugskostenbeihilfe der Betrag gemäß Absatz 2 Buchstabe a oder Buchstabe b zweimal berücksichtigt; in diesem Falle entfällt der Betrag gemäß Absatz 2 Buchstabe c.

(5) Die Beträge nach Absatz 2 werden entsprechend der linearen Besoldungserhöhungen der Bundesbesoldung auf volle Euro abgerundet fortgeschrieben.

§ 9
Erholungsurlaub

(1) Während der Zeit des praktischen Vorbereitungsdienstes steht den Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten ein jährlicher Erholungsurlaub in Höhe der für Pfarrerinnen und Pfarrer geltenden Regelung zu.

(2) [1]Während des Schulpraktikums und der Seminarwochen wird grundsätzlich kein Erholungsurlaub gewährt. [2]Über Ausnahmen entscheidet die Seminarleitung.

(3) [1]Der Urlaub ist mit dem der Lehrpfarrerin oder des Lehrpfarrers abzustimmen und bei der zuständigen Dekanin oder dem zuständigen Dekan zu beantragen. [2]Auf die Ferien schulpflichtiger Kinder und auf die Erfordernisse der Ausbildung ist dabei Rücksicht zu nehmen.

(4) Urlaub während des Spezialpraktikums ist mit der Mentorin oder dem Mentor abzustimmen und bei der Kirchenverwaltung zu beantragen.

(5) Eine Übertragung des Urlaubs aus der Zeit des Gemeindepraktikums in das Spezialpraktikum ist nur in begründeten Ausnahmefällen möglich.

§ 10
Wechsel des Einsatzortes

(1) Stellen sich während des Gemeindepraktikums Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen der Lehrpfarrerin oder dem Lehrpfarrer und der Pfarramtskandidatin oder dem Pfarramtskandidaten ein, so sind zunächst die Regionalmentorin oder der Regionalmentor und die Seminarleitung einzuschalten.

(2) [1]Lassen sich die Schwierigkeiten nicht beheben, so ist die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat einer anderen Lehrpfarrerin oder einem anderen Lehrpfarrer zuzuweisen. [2]Die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat, die Lehrpfarrerin oder der Lehrpfarrer, die Dekanin oder der Dekan, die Pröpstin oder der Propst sowie die Seminarleitung sind vorher zu hören.

(3) Auf Wunsch der Pfarramtskandidatin oder des Pfarramtskandidaten ist auch die gewählte Vertretung des Kandidatenkurses zu hören.

§ 11
Verlängerung des praktischen Vorbereitungsdienstes

[1]Hat die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat aus Krankheits- oder anderen Gründen wichtige Abschnitte der Ausbildung versäumt oder hat sich ihre oder seine Eignung für den pfarramtlichen Dienst während der Ausbildung noch nicht im erforderlichen Ausmaß erwiesen, so kann die Kirchenverwaltung die Zeit ihres oder seines praktischen Vorbereitungsdienstes vor oder nach der Zweiten Theologischen Prüfung verlängern. [2]Die Lehrpfarrerin oder der Lehrpfarrer und die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat sowie die Seminarleitung sind vorher zu hören. [3]Eine Verlängerung ist auch bei einem Wechsel nach § 10 möglich.

§ 12
Entlassung

(1) [1]Eine Pfarramtskandidatin oder ein Pfarramtskandidat kann ihre oder seine Entlassung beantragen. [2]Dem Antrag ist zu entsprechen.

(2) [1]Eine Pfarramtskandidatin oder ein Pfarramtskandidat kann durch Beschluss der Kirchenleitung aus wichtigem Grund entlassen werden. [2]Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor,

1. wenn sie oder er beharrlich gegen diese Ordnung verstößt,
2. wenn die Voraussetzung für die Aufnahme in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und -kandidaten nach § 1 Absatz 2 nicht mehr gegeben ist,
3. wenn sich herausstellt, dass die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat den Anforderungen des Dienstes nicht gerecht wird,
4. wenn die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat schuldhaft seine Dienstpflicht verletzt hat.

[3]Die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat ist vorher zu hören. [4]Dabei sind die Lehrpfarrerin oder der Lehrpfarrer, die oder der zuständige Dekanin oder Dekan, die Seminarleitung, ferner auf Wunsch der Pfarramtskandidatin oder des Pfarramtskandidaten die gewählte Vertretung des Kandidatenkurses ebenfalls vorher zu hören. [5]Beim Vorwurf der Pflichtverletzung sind die bei der Anhörung vorgesehenen Personen verpflichtet, mit der Pfarramtskandidatin oder dem Pfarramtskandidaten den Sachverhalt gemeinsam zu besprechen.

(3) Der Beschluss ist schriftlich zu begründen und der Pfarramtskandidatin oder dem Pfarramtskandidaten mit einer Rechtsmittelbelehrung zuzustellen.

(4) Bei einer Entlassung ist eine Frist von sechs Wochen zum Schluss des Kalendervierteljahres einzuhalten.

(5) [1]Tritt eine Pfarramtskandidatin oder ein Pfarramtskandidat aus der Kirche aus oder zu einer anderen Religionsgemeinschaft über oder gibt sie oder er den Dienst unter Umständen auf, aus denen zu entnehmen ist, dass sie oder er ihn nicht wieder aufnehmen will, stellt die Kirchenleitung das Ausscheiden aus dem Dienst fest. [2]§ 97 des Pfarrdienstgesetzes der EKD[1] gilt entsprechend.

(6) [1]Gegen die Entscheidung der Kirchenleitung stehen den Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten die im Kirchengesetz über das Kirchliche Verfassungs- und Verwaltungsgericht gewährten Rechte zu. [2]Eine Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung, jedoch wird bis zur endgültigen gerichtlichen Entscheidung der Unterhaltszuschuss weitergezahlt.

---

1 Nr. 408.

§ 13
Beendigung des Dienstverhältnisses

Das Dienstverhältnis auf Widerruf endet mit Ablauf des Spezialpraktikums oder bei Nichtbestehen des Zweiten Theologischen Examens im Wiederholungsfall.

§ 14
Unterhaltsbeitrag

Scheiden Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten aus dem praktischen Vorbereitungsdienst aus oder werden sie nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes nicht in den Pfarrdienst übernommen, so können ihnen in begründeten Ausnahmefällen auf Antrag eine Beihilfe oder ein Darlehen gewährt werden.

§ 14a
Rat der Vikarinnen und Vikare

(1) [1]Zur Vertretung der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten gegenüber den zuständigen Stellen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wird ein Rat der Vikarinnen und Vikare gebildet. [2]Jeder Kandidatenkurs wählt zwei Sprecherinnen oder Sprecher, die den Kurs im Rat der Vikarinnen und Vikare vertreten. [3]Der Rat wählt einen Vorstand. [4]Näheres regelt der Rat der Vikarinnen und Vikare durch eine Geschäftsordnung.

(2) [1]Der Rat der Vikarinnen und Vikare berät mindestens einmal jährlich die geltenden Regelungen für den praktischen Vorbereitungsdienst, die Zweite Theologische Prüfung und die Übernahme in den Pfarrdienst. [2]Dazu ist das Referat Personalentwicklung einzuladen. [3]Das Referat Personalentwicklung unterrichtet den Rat der Vikarinnen und Vikare über die aktuelle Situation in der Ausbildung und beabsichtigte Maßnahmen und Veränderungen, die den praktischen Vorbereitungsdienst, die Zweite Theologische Prüfung, die Einstellung in den Pfarrdienst oder Planstellen für die Ausbildung betreffen.

(3) Die Kirchenverwaltung legt dem Rat der Vikarinnen und Vikare beabsichtigte Regelungen, die den praktischen Vorbereitungsdienst, die Zweite Theologische Prüfung oder grundsätzliche Fragen des Einstellungsverfahrens betreffen, rechtzeitig zur Stellungnahme vor.

(4) [1]Der Rat der Vikarinnen und Vikare kann der Kirchenverwaltung Stellungnahmen und Anträge zu den in Absatz 3 genannten Sachgebieten vorlegen. [2]Die Kirchenverwaltung gibt dazu eine schriftliche Stellungnahme ab. [3]Die gegebenenfalls mündlich erläutert wird. [4]Die Stellungsnahme und Anträge des Rates der Vikarinnen und Vikare werden der Kirchenleitung vor einer Entscheidung vorgelegt.

(5) Der Rat der Vikarinnen und Vikare wird vor der Berufung der Professorinnen und Professoren des Theologischen Seminars sowie der Regionalmentorinnen und Regionalmentoren gehört.

(6) In Personalangelegenheiten einer Pfarramtskandidatin oder eines Pfarramtskandidaten, die das Dienstverhältnis oder die sozialen Belange der oder des Betroffenen erheblich berühren oder über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind, gibt der Rat der Vikarinnen und Vikare auf Antrag der oder des Betroffenen oder der Kirchenverwaltung eine Stellungnahme ab.

(7) Die Sprecherinnen und Sprecher der Kurse treffen sich einmal jährlich mit dem Ausbildungsteam zu einem Austausch über die Ausbildung.

(8) Zu den Kosten der Tätigkeit des Rates der Vikarinnen und Vikare wird ein jährlicher Zuschuss gewährt, dessen Verwendung jeweils zum 1. Februar nachzuweisen ist.